

ordnung verhindert wird. Aufgrund dieser beiden Kriterien wurden die folgenden drei Wirtschaftstheorien ausgewählt: die Keynes'sche Theorie (interventionistisches Staatsverständnis), der Monetarismus sowie die Angebotsökonomie verbunden mit der Neuen Klassischen Makroökonomie (beides liberale Staatsverständnisse, wobei der Monetarismus dem Staat die geringste Rolle zuschreibt). Zu Beginn des Kapitels steht eine kurze Gegenüberstellung von liberalen und interventionistischen Staatsverständnissen. Danach folgt die Ableitung der drei idealtypischen Staatsverständnisse in chronologischer Reihenfolge, d.h. beginnend mit der Keynes'schen Theorie über den Monetarismus zur Angebotsökonomie/Neuen Klassischen Makroökonomie.

Gegenüberstellung: Liberale und interventionistische Staatsverständnisse

In Bezug auf das oben definierte Staatsverständnis kann man grundlegend von zwei großen, sich gegenüber stehenden Positionen sprechen: Die liberale Position, die einen zurückhaltenden Staat bevorzugt, und die interventionistische, welche dem Staat eine aktive Rolle in der Wirtschaftspolitik zuschreibt.²³

Liberale Theorien haben ihren Ursprung in der durch die Aufklärung beeinflussten englischen und schottischen Moralphilosophie des 18. Jahrhunderts mit Vertretern wie Locke, Hume und Smith (vgl. Nowotny 1999: 10). In ihrem Zentrum steht das vernunftbegabte Individuum, welches rational seinen individuellen Nutzen maximiert und damit – über die unsichtbare Hand von Adam Smith (1996: 371) – allen dient (vgl. Bohnet 1989: 3). Wichtigstes Ziel ist es, die (negative) Freiheit des Individuums zu schützen, sowohl seine politische als auch seine wirtschaftliche. Politische Freiheit kann im liberalen Weltbild nur dann realisiert werden, wenn auch die wirtschaftliche garantiert ist, insofern wird die freie Marktwirtschaft mit vollkommenem Wettbewerb angestrebt. Der Markt bzw. die Wirtschaft stabilisiert sich nach liberaler Vorstellung selbst, die Koordinierung erfolgt über den Preismechanismus, über-

23 »Beim Liberalismus und Interventionismus handelt es sich sowohl um geistesgeschichtliche Grundpositionen als auch um wirtschaftspolitische Paradigmen und theoretische Ansätze zum Verhältnis von Markt und Wirtschaft, wobei sie gleichzeitig eine allgemeine ökonomische Theorie der Wirtschaftspolitik bzw. wirtschaftspolitischen Konzeption beinhalten. Die Theorie der Wirtschaftspolitik geht nicht wie die allgemeine ökonomische Theorie von konkreten ökonomischen Gegebenheiten aus, sondern von erwünschten ökonomischen Zuständen und fragt nach den Instrumenten, durch deren Einsatz sie herbeigeführt werden können« (Ambrosius 1996: 367).

dies wird von der Gültigkeit des Say'schen Theorems ausgegangen (vgl. Bohnet 1989: 4f).

Die Rolle des Staates wird von den liberalen Strömungen unterschiedlich gesehen, grundlegend hat er nur eine kleine Rolle: Da die Wirtschaft sich selbst stabilisiert und staatliche Stabilisierungspolitik demzufolge als unnötig wie auch unmöglich angesehen wird (vgl. Felderer/Homburg 2003: 159), muss der Staat nur einen Rahmen, eine Wettbewerbsordnung, schaffen, um monopolistische Tendenzen zu verhindern. Zusätzlich wird manchmal gefordert, der Staat solle bestimmte öffentliche Güter, insbesondere mit allokativer Funktion, bereitstellen. Sozialpolitische Eingriffe beschränken die Freiheit der Individuen (vgl. Mill 1924: 15)²⁴ und werden als paternalistisch abgelehnt. Da jedes Individuum nach der Locke'schen Staatsphilosophie »ein natürliches (also vorstaatliches) Recht auf seine Talente und Fähigkeiten« (Rosen/Windisch 1997: 12) bzw. die Früchte derselben hat, sollte Umverteilung auf Notlagen beschränkt bleiben (vgl. ebenda: 11). Die Staatsaufgaben sind demnach auf den allokativen Bereich beschränkt, weitergehende Staatseingriffe, vor allem prozesspolitischer Art, werden als schädlich bewertet, in erster Linie weil sie destabilisierend wirken, das Wachstum behindern etc. (vgl. Ambrosius 1996: 367; Felderer/Homburg 2003: 159). Somit bleibt für den Staat vor allem, die Freiheit der Individuen nach innen, d.h. Rechtsstaatlichkeit, insbesondere Schutz von Privateigentum und Vertragseinhaltung, und nach außen (Verteidigung) zu sichern (vgl. Tanzi 1997: 9).

Im Gegensatz zum Liberalismus steht hinter dem *Interventionismus* keine geschlossene Gesellschaftskonzeption. Bohnet (1989: 14) definiert Interventionismus sehr breit als Sammelbegriff für Denkrichtungen, die von einer Gestaltbarkeit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung ausgehen. Grundlegend ist die Annahme, dass es keinen Mechanismus gibt, der den individuellen und gesellschaftlichen Nutzen automatisch in Übereinstimmung bringt, infolgedessen kann bzw. muss der gesamtgesellschaftliche Nutzen teilweise über Staatseingriffe herbeigeführt werden (vgl. Nowotny 1999: 21). Diese Eingriffe werden zweckrational bewertet: Der Staat macht das, was der Markt nicht kann, durchaus auch prozesspolitisch (vgl. Bohnet 1989: 16). Im Gegensatz zum Liberalismus wird nicht von einer Selbstheilungsfähigkeit des

24 »That principle is, that the sole end for which mankind may be warranted, individually or collectively, in interfering with the liberty of action of any of their members, is selfprotection. That the sole purpose for which power can be rightfully exercised over any member of a civilized community, against his will, is to prevent harm to others. His own good, either physical or moral, is not a sufficient warrant« (Mill 1924: 15).

Marktes ausgegangen, Stabilisierung wird damit zu einer der wichtigsten Aufgaben des Staates (vgl. Felderer/Homburg 2003: 159).

Weitere Aufgaben hat der Staat im distributiven Bereich. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass er in der interventionistischen Sicht nicht nur die negative Freiheit der – durchaus auch sozialen – Individuen schützen soll, sondern auch die positive. Es geht demnach nicht nur um die Abwesenheit von Zwang, sondern auch um die Möglichkeit, ein der Würde des Menschen entsprechendes Dasein zu führen (vgl. Rosen/Windisch 1997: 12). Distributive Politik wird weiterhin als produktivitäts- und wachstumssteigernd angesehen, z.B. über die Erleichterung des Strukturwandels, die Sicherung des sozialen Friedens (vgl. Nowotny 1999: 27) sowie über Transferleistungen, die als automatische Stabilisatoren wirken können (vgl. Tanzi 1997: 10). Obgleich der Interventionismus eine deutlich höhere Eingriffsintensität befürwortet als der Liberalismus, zielt er nicht auf eine Überwindung des kapitalistischen Systems: Das Privateigentum an Produktionsmitteln wird nicht in Frage gestellt und staatliche Eingriffe in private Verfügungsrechte bleiben die Ausnahme (vgl. Mansfeld 1980, Sp. 554).

Das Staatsverständnis in der Keynes'schen Theorie

Überblick

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise war die neoklassische Annahme der inhärenten Stabilität des Marktes nur mehr schwer mit der Realität in Übereinstimmung zu bringen. Trotz deutlich sinkender Löhne ging die Arbeitslosigkeit nicht zurück. Insbesondere vor diesem Hintergrund entwickelte Keynes seine Theorie.²⁵ Er stellte die Behauptung auf, die Neoklassik sei nur für den Spezialfall der Vollbeschäftigung gültig und entwickelte eine ›Allgemeine Theorie‹ für die anderen, seiner Ansicht nach weitaus realistischeren Fälle (vgl. Keynes 1936: 3). Dabei gibt er einige der Hauptannahmen der Neoklassik auf: Zentral ist die Ablehnung des Say'schen Gesetzes, nach dem sich jedes Angebot seine Nachfrage schafft. Auf diese Weise rückt die Nachfrage in den Mittelpunkt, und zwar die effektive, d.h. am Markt geäußerte. Weiterhin entwickelt Keynes eine einkommensabhängige Konsumfunktion, bei der Sparen sich als Restgröße definiert. Sparen ist somit nicht vom Zins, sondern vom Einkommen abhängig. Investitionen werden dagegen weiterhin vom Zins, in stärkerem Maße jedoch von der Grenzleistungsfähigkeit des Ka-

25 Für dieses Kapitel wurde vor allem auf den ›alten Keynes‹, d.h. die General Theory und andere in diesem Zeitraum entstandene Schriften, zurückgegriffen.